

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Reinhard TODT

Parlament  
1017 Wien

GZ: BKA-353.410/0002-I/4/2018

Wien, am 23. März 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bundesräte Dr. Dziedzic, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Jänner 2018 unter der **Nr. 3420/J-BR** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Clearingstelle gegen sexuelle Belästigung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4 bis 11:

- *Ist die Ankündigung der ehemaligen NR Präsidentin Köstinger nach wie vor aktuell?*
- *Das Parlament ist der zentrale Ort politischen Handelns in Österreich, an dem MitarbeiterInnen und PolitikerInnen von Klubs, Parteien, Parlamentsdirektion und auch den Bundesministerien zusammen kommen. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Frauen im Parlament und anderswo vor sexueller Belästigung und vor Übergriffen geschützt sind?*
- *Wann wird die angekündigte Clearingstelle installiert und werden Sie sich beim Präsidenten des Nationalrates dafür einsetzen?*
- *Wer kann sich an die geplante Clearingstelle wenden?*
- *Steht sie auch Betroffenen außerhalb des parlamentarischen Bereichs zur Verfügung?*
- *Wie hoch wird das Budget der Clearingstelle sein?*
- *In welcher Form erfolgt die Beteiligung von Expertinnen?*
- *Erachten Sie als Bundeskanzler eine solche Clearingstelle als eine notwendige Einrichtung?*
- *Welche weiteren Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um gegen sexuelle Belästigung und Gewalt an Frauen vorzugehen?*
- *Wie lautet der diesbezügliche Zeitplan?*

Die Pläne, eine solche Stelle im Parlament einzurichten, sind nicht Gegenstand meiner Vollziehung.

Zu den Fragen 3 und 12:

- *Setzen Sie den Kampf gegen Gewalt an Frauen auf Ihre politische Agenda?*
- *Werden Sie sich im Rahmen Ihrer Tätigkeit dafür einsetzen, dass österreichweit Maßnahmen der Gewaltprävention und entsprechende Beratungsstellen für Betroffene zumindest im bisherigen Ausmaß weiterhin finanziert werden?*

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist mir äußerst wichtig und ich unterstütze jede Maßnahme, die diesem Ziel zuträglich ist. Die neue Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Präventionsmaßnahmen auszubauen. Die Beratung und intensive Betreuung von betroffenen Mädchen und jungen Frauen ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend hat daher vorgesehen, 100 neue Betreuungsplätze bis zum Jahr 2022 zu schaffen.

Sebastian Kurz

